

## **Pressemitteilung**

28. November 2012

### **Piratenpartei Vorpommern-Greifswald spricht sich für ergebnisoffenen Dialog zur Theaterlandschaft aus und erinnert an die freien Theater**

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es gegenwärtig noch eine vielfältige kommunale Theater- und Orchesterlandschaft. Der Minister für Kultur, Mathias Brodtkorb, hat neun Modelle zur künftigen Struktur der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt.

Die Piratenpartei Vorpommern-Greifswald begrüßt, dass eine Diskussion über solche zukünftigen Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden soll. Es ist Zeit, die seit Jahren bestehende Unsicherheit für Künstler, Publikum und Kommunen zu beenden und dauerhaft gesicherte Kulturinstitutionen zu schaffen.

Diese Diskussion muss aber ergebnisoffen geführt werden – dazu gehört auch, dass weitere Modelle in den Meinungsbildungsprozess eingeführt werden können. Eine Diskussion nur über die neun vorgegebenen Modelle ist zu wenig. Vor allem ist der Ausgangspunkt falsch: Die Landesregierung will die Ausgaben für die Theater und Orchester weiter deckeln. Wir fordern, diese Deckelung abzuschaffen und die Mittel endlich der allgemeinen Preis- und Lohnentwicklung anzupassen. Neben den Städten und Landkreisen müssen auch die Mitarbeiter und Künstler aus den Häusern einbezogen werden – diese leisten durch ihre Arbeit und jahrelangen Lohnverzicht über Haustarife schon jetzt einen großen Beitrag zum Erhalt der Theater und Orchester.

Die Diskussion muss zugleich berücksichtigen, dass das Land aus zwei Landesteilen besteht – Mecklenburg und Vorpommern bilden nach unserer Verfassung gemeinsam das Land Mecklenburg-Vorpommern. Die Piratenpartei Vorpommern-Greifswald wendet sich gegen alle Modelle, die den vorpommerschen Landesteil benachteiligen, zum Beispiel durch Schaffung eines Staatstheaters Mecklenburg oder »Leuchtturmtheater« in Rostock und Schwerin.

Außerdem haben die freien Theater in Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls Anspruch auf öffentliche Unterstützung und müssen in den Überlegungen der Landesregierung einen Platz erhalten.